

Unterstützung für "Kopftuchverbot" an Schleswig-Holsteins Schulen



Der Landeselternbeirat der Realschulen unterstützt das von der Landesregierung geplante Kopftuchverbot. Religiöse Symbole sollen in der Schule nicht zur Schau gestellt werden, sagte der Vorsitzende des Landeselternbeirats, Johann Kleißenberg, dem Schleswig-Holstein-Magazin des NDR. Schule müsse ein neutraler Lernort bleiben. Er betonte, dass sich der Beschluss der Elternvertreter ausdrücklich nicht allein gegen muslimische Symbole wende. Ausgelöst hatte die erneute Debatte eine Referendarin an einer Realschule Kreis Rendsburg-Eckernförde, die im Unterricht ein Kopftuch trägt.

Kiel will Lehrern das Tragen religiöser Symbole verbieten

Am Donnerstag war bekannt geworden, dass Schleswig-Holstein vom nächsten Jahr an das Tragen religiöser Symbole an Schulen per Gesetz verbieten will. Damit solle verhindert werden, dass Lehrer ihre religiösen Überzeugungen nach außen tragen, sagte Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave. Lehrkräfte und Betreuungspersonal an Schulen seien zu politischer, weltanschaulicher und religiöser Neutralität verpflichtet. Dazu gehöre auch das äußere Erscheinungsbild.

Das Gesetz soll nicht nur das islamische Kopftuch untersagen, sondern auch christliche und jüdische Symbole. Schleswig-Holstein wäre nach Berlin das zweite Bundesland, das religiöse Symbole generell aus den Schulen verbannt.

Kirche zur Kopftuch-Frage uneins

Die Nordelbische Kirche, deren Synode sich derzeit in Rendsburg mit dem "Christlich-Islamischen Dialog" beschäftigt, ist zu diesem Thema uneins. Ein Sprecher sagte am Donnerstag, wenn das Kopftuch freiwillig getragen werde und Ausdruck des persönlichen Glaubens und einer kulturellen Identität sei, diene dies der Integration. "Wir ziehen aber da die Grenze, wo Schüler religiös beeinflusst werden sollen." Der Schleswiger Bischof, Hans Christian Knuth, sagte hingegen: "Es steht der Kirche gut an, mit dem Gedanken der Toleranz voranzugehen. Aber die Freiheit der Lehrkräfte hat ihre Grenze in der Freiheit der betroffenen Kinder. Sie dürfen nicht indoktriniert werden". Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke rief zu "Augenmaß" in der Debatte auf.

Türkische Gemeinde: Lehrerinnen sollten kein Kopftuch tragen

Nach Ansicht des Vorsitzenden der türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein, Cebel Kücükkaraca, sollten Lehrerinnen im Unterricht kein Kopftuch tragen. Lehrkräfte müssten im Erscheinungsbild religiöse Neutralität wahren. Andernfalls löse dies Unruhe, Vorurteile und

eine Debatte aus, die für die Integration Gift sei. Küçükkaraca appellierte damit an die muslimische Referendarin, im Unterricht freiwillig auf das Kopftuch zu verzichten. "Wir sehen das Kopftuch als private Sache an. Wenn es privat freiwillig getragen wird, haben wir nichts dagegen", sagte der Gemeindevorsitzende.

Unterstützung von anderen Parteien



Unterstützung hatte Ministerin Erdsiek-Rave am Mittwoch von der CDU-Landtagsabgeordneten Sylvia Eisenberg bekommen. Sie sagte, dass Kopftücher in schleswig-holsteinischen Schulen nichts zu suchen hätten. Auch die Vorsitzende des Südschleswigschen Wählerverbandes im Landtag, Anke Spoorendonk, unterstützt die Ministerin. Weder Kopftücher noch Kruzifixe hätten in staatlichen Schulen etwas zu suchen, sagte sie.

Verhaltener äußerte sich CDU-Fraktionssprecher Dirk Hundertmark. Es gebe zwar parteiübergreifende Einigkeit über ein Verbot des Kopftuchs, allerdings sei bei anderen Symbolen noch ein "Abstimmungsprozess" notwendig, sagte er. Nur die FDP hält ein Verbot religiöser Symbole für rechtlich riskant.

Ausländerbeauftragter gegen Kopftuchverbot

Der schleswig-holsteinische Ausländerbeauftragte Wulf Jöhnk sprach sich dagegen klar gegen ein Kopftuchverbot aus. "Eine Ungleichbehandlung von Lehramtsanwärterinnen und Lehrerinnen auf Grund der bekundeten Religionszugehörigkeit darf es nicht geben", sagte Jöhnk. Es gebe bereits Wege, Schüler vor einseitiger weltlicher oder religiöser Beeinflussung zu schützen.

Islam-Unterricht ab kommendem Jahr

Unabhängig von der Diskussion über Kopftücher in der Schule plant Schleswig-Holstein im kommenden Jahr Islam-Unterricht an den Schulen. Vorbild ist dabei Niedersachsen. Der Unterricht soll auf Deutsch erfolgen und von staatlichen Lehrern erteilt werden. Dadurch soll die Transparenz der Inhalte gewährleistet werden. Mit dem Islam-Unterricht sollen nach Angaben des Bildungsministeriums die Muslime im Gefühl bestärkt werden, man nehme ihre Kultur wahr.

Streit über Kopftücher dauert seit Jahren



Der Streit über Kopftücher im Unterricht beschäftigt Deutschland seit 1998. Damals war eine eingebürgerte Afghanin in Baden-Württemberg nicht in den Schuldienst übernommen worden, weil sie auf dem Kopftuch beharrte. Fereshta Ludin klagte dagegen und scheiterte in allen Instanzen. Erst das Bundesverfassungsgericht hob das Urteil im September 2003 auf. Die obersten Richter in Karlsruhe erklärten ein Kopftuch-Verbot aber grundsätzlich für zulässig.

Stand: 05.02.2006 11:08